

TOP 1

Ernennung zur Standesbeamtin - Claudia Müller

Hauptamtsleiter Wetzel führte in die Sitzungsvorlage ein und erläuterte, dass die Gemeinde Kißlegg mit ihren Ortschaften Immenried und Waltershofen einen gemeinsamen Standesamtsbezirk bildet. Um eine lückenlose Besetzung des Standesamtes auch in Urlaubs- und Krankheitszeiten sicherzustellen, wurde Frau Claudia Müller für das Personenstandswesen geschult. Hauptamtsleiter Wetzel beglückwünschte Frau Müller zur bestandenen Prüfung und zur neuen Funktion.

Aus den Reihen des Gemeinderats wurden Dank und Anerkennung gegenüber Frau Müller ausgesprochen. Bürgermeister Krattenmacher verlas anschließend die Ernennungsurkunde und gratulierte Frau Müller offiziell zur Ernennung als Standesbeamtin der Gemeinde Kißlegg.

Der Gemeinderat stimmte der Ernennung von Claudia Müller zur Standesbeamtin der Gemeinde Kißlegg einstimmig zu.

TOP 2

Stellungnahme zu laufenden Baugesuchen

TOP 2.1

Errichtung eines landwirtschaftlichen Schweine-Tierwohlstalls, Flst. 362, Freibolz 5 und 5/1

Bauamtsleiter Rommel erläuterte, dass für das Flurstück 362, Freibolz 5 und 5/1, bereits im Jahr 2022 eine landwirtschaftliche Lagerhalle genehmigt worden war. Nun wurde eine Tekturplanung eingereicht, die eine Verschiebung der Hallenposition sowie die Ergänzung eines Wärmespeichers und dreier Getreidesilos vorsah. Darüber hinaus plane der Bauherr die Errichtung eines Schweine-Tierwohlstalls mit den Maßen 98,40 m × 23,40 m. Es handle sich um ein privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch; ein ökologischer Ausgleich sei erforderlich und werde von der Unteren Naturschutzbehörde geprüft. Die Löschwasserversorgung sei im Zuge der Baumaßnahme sicherzustellen.

Aus dem Gremium wurden Fragen zur Sicherstellung der Wasserversorgung und zur Futtermenge gestellt. Bauamtsleiter Rommel verwies darauf, dass diese Fragen unter anderem Gegenstand der laufenden Prüfung durch das Landwirtschaftsamt seien. Das Gremium erteilte das gemeindliche Einvernehmen für die Tekturplanung der Lagerhalle sowie für die Errichtung des landwirtschaftlichen Schweine-Tierwohlstalls mehrheitlich bei zwei Enthaltungen.

TOP 2.2

Errichten einer Schleppdachgaube, Flst. 175/26, Gamsweg 10

Bauamtsleiter Rommel erläuterte das Vorhaben auf dem Grundstück Gamsweg 10 (Flurstück 175/26), für das auf der Grundlage des Bebauungsplans „Waltershofen-Ost II“ von 1985 eine Befreiung gemäß §§ 31, 36 Baugesetzbuch erforderlich war. Vorgesehen sei, die bestehende kleinere Satteldachgaube zurückzubauen und durch eine größere Schleppdachgaube zu ersetzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Bauamtsleiter Rommel empfahl, im Sinne der Wohnraumschaffung eine tolerante Haltung einzunehmen, dabei jedoch den sogenannten „Bauturbo“ mit Bedacht anzuwenden. Ein Kompromiss sei vertretbar, sofern

kein neues Dachgeschoss entstehe. Ortsvorsteher Werner Bachmann erklärte, der Ortschaftsrat Waltershofen habe keine Bedenken geäußert; es gehe vorrangig darum, weiteren Wohnraum zu schaffen.

Im Gremium wurde die Frage eines möglichen Präzedenzfalls erörtert. Einzelne Räte wiesen auf die Chancen der Nachverdichtung hin, andere mahnten, die Aspekte des äußeren Erscheinungsbilds sowie etwaige Folgewirkungen für Stellplätze und Kanalisation nicht außer Acht zu lassen. Bürgermeister Krattenmacher betonte, es sei Aufgabe des Gemeinderats, bei Präzedenzfällen Augenmaß zu wahren und unnötigen Ärger zu vermeiden. Den von Bauamtsleiter Rommel vorgeschlagenen Kompromiss bezeichnete er als sachgerecht. Das gemeindliche Einvernehmen zum Errichten einer Schleppdachgaube auf dem Flurstück 175/26, Gamsweg 10, unter Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Waltershofen-Ost II“, wurde einstimmig erteilt.

TOP 2.3

Sanierung eines Einfamilienhauses mit Erweiterung einer Dachgaube, Flst. 175/40, Gamsweg 7

Der Tagesordnungspunkt wurde im unmittelbaren Anschluss an TOP 2.2 behandelt. Auf dem Grundstück Flurstück 175/40, Gamsweg 7, sollte ein Einfamilienhaus saniert und die westliche Dachgaube um 1,5 m verlängert werden, um mehr Wohnraum zu schaffen. Da die Verlängerung nicht den Festsetzungen des Bebauungsplans „Waltershofen-Ost II“ von 1985 entsprach, war eine Befreiung gemäß §§ 31, 36 Baugesetzbuch erforderlich. Ein Nachweis zur Geschossflächenberechnung lag vor; der Ortschaftsrat Waltershofen hatte keine Bedenken geäußert.

Es lagen keine Wortmeldungen vor. Der Gemeinderat erteilte das gemeindliche Einvernehmen zur Sanierung des Einfamilienhauses mit Erweiterung der Dachgaube einstimmig.

TOP 3

Erweiterung Kindergarten St. Hedwig - Vergabe weiterer Bauleistungen

Im Zuge der laufenden Erweiterung des Kindergartens St. Hedwig waren weitere Gewerke des Ausschreibungspakets 02 zu vergeben. Die Submission hatte am 08.07.2026 stattgefunden; die Vergabeempfehlungen wurden von der begleitenden Sauer Baumanagement GmbH aus Schlier sowie dem Planungsbüro Burr aus Leutkirch erarbeitet. Aus den Reihen des Gemeinderats wurden keine Fragen gestellt.

Der Gemeinderat vergab die sechs Gewerke einstimmig an die jeweils wirtschaftlichsten Bieter: Die Metallbau-, Verglasungs- und Sonnenschutzarbeiten gingen an die Engeser Fensterwelt GmbH aus Bad Wurzach zum Angebotspreis von 102.257,89 Euro, die Elektroinstallation an die Elektro Mayerföls GmbH aus Bad Schussenried zum Angebotspreis von 376.949,74 Euro sowie die Blitzschutzarbeiten an die Blitzableiterbau Süd aus Gottmadingen zum Angebotspreis von 9.338,17 Euro.

Darüber hinaus wurde die Heizungsinstallation an die Steiner + Kuhn GmbH aus Bad Waldsee zum Angebotspreis von 123.654,80 Euro vergeben, die Lüftungsinstallation an die Burk GmbH + Co KG aus Ravensburg zum Angebotspreis von 114.211,89 Euro sowie die Sanitärinstallation an die ortsansässige Firma Dentler Heizungsbau aus Kißlegg zum Angebotspreis von 107.406,51 Euro. Alle Vergaben bewegten sich im Rahmen der aktuellen Kostenfortschreibung und innerhalb des vom Gemeinderat festgelegten Budgets.

TOP 4

Anfragen aus der Bürgerschaft

Die Sitzung wurde um 19:25 Uhr für die Bürgerfragen unterbrochen. Ein Bürger und Anwohner aus dem Kirchmoosweg, trug ein Anliegen vor, das mehrere Bürgerinnen und Bürger der näheren Nachbarschaft am Zellersee bewegte. Auf einem Baugrundstück, für das 2023 ein Bebauungsplan verabschiedet worden sei, solle ein Gebäude mit 14 Wohneinheiten errichtet werden. Aufgrund des besonderen Untergrunds müsse das Fundament mit Pfählen gesichert werden. Damit verbundene Erschütterungen hätten bei einem früheren Vorhaben zu Schäden geführt. Er bat den Gemeinderat um Unterstützung und sprach sich für den Einsatz erschütterungsarmer Gründungsverfahren aus.

Bürgermeister Krattenmacher erklärte, die Gemeinde habe Kontakt mit dem betreffenden Bauunternehmen aufgenommen. Die baurechtliche Beurteilung liege in der Zuständigkeit der Baurechtsbehörde. Er sicherte zu, nachdrücklich dafür zu werben, dass beim fraglichen Bauvorhaben – schon wegen den denkmalgeschützten Häusern, dem Haus Walser und Neuen Schloss – erschütterungsarme Verfahren gewählt werden. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Gemeinde hier keine rechtliche Beratung für andere übernehmen dürfe.

Eine weitere Frage aus der Bürgerschaft war zu einem Radstreifen in der Parkstraße. Bauamtsleiter Rommel antwortete, in einer vorangegangenen Verkehrsschau sei festgestellt worden, dass dort kein Radstreifen möglich sei.

TOP 5

Bericht zum Haushaltsvollzug 2026 - Stand 01.07.2026

Kämmerer Kant stellte anhand einer Präsentation den Bericht zum Haushaltsvollzug 2026 zum Stand 01.07.2026 vor. Er erinnerte daran, dass der Gemeinderat am 15.04.2026 den Doppelhaushaltsplan 2026/27 verabschiedet hatte und die Genehmigung des Landratsamts Ravensburg am 30.04.2026 erfolgt sei. Zum Jahresende werde ein negatives Ergebnis von voraussichtlich rund –2,4 Mio. Euro erwartet. Hauptursache sei eine prognostizierte Mindereinnahme bei der Gewerbesteuer von rund 1,2 Millionen Euro gegenüber dem Planansatz von 6,8 Millionen Euro.

Kämmerer Kant erläuterte weitere Kennzahlen: Der Schuldenstand des Gemeindehaushalts belaufe sich zum 01.07.2026 auf 1.428.792 Euro (149,35 Euro je Einwohner), der Schuldenstand der Wasserversorgung auf 139.750 Euro. Die Personalaufwendungen liegen bei knapp 11 Millionen Euro. Die Investitionsauszahlungen hätten bis zum 01.07.2026 rund 3.516.023 Euro betragen, was etwa 27 Prozent des Gesamtplans von 13,1 Millionen Euro entspreche; ein wesentlicher Posten sei dabei das Bürgerhaus Löwen, Kläranlage, Sporthalle oder St. Hedwig Kindergarten. Die Kreditermächtigung 2026 von 2,0 Millionen Euro sei bisher nicht in Anspruch genommen worden; ein Bauspardarlehen von rund 0,6 Millionen Euro befinde sich in Vorbereitung. Zinserträge aus Festgeldanlagen hätten 44.724 Euro erbracht. Kämmerer Kant wies zudem darauf hin, dass sich die Finanzrechnung so weit im Minus befinde wie noch nie und dass für den Haushalt 2027 Anpassungen erforderlich sein würden.

Bürgermeister Krattenmacher hob als positive Aspekte hervor, dass die Wasserversorgung stabil laufe und die Schuldensituation im Vergleich zum Landesdurchschnitt kreisangehöriger Gemeinden (817 Euro je Einwohner) noch überschaubar sei. Er machte jedoch deutlich, dass Mehreinnahmen in dieser Höhe zulasten der Bürgerinnen und Bürger nicht realistisch seien und daher verstärkt auf der Ausgabenseite gespart werden müsse. Er kündigte an, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen Einsparvorschläge erarbeiten zu wollen, und bat die Gemeinderatsmitglieder um Mitwirkung. Aus den Reihen des Gremiums wurde die Bereitschaft zur gemeinsamen Prüfung von Einsparpotenzialen signalisiert; zugleich wurde darauf hingewiesen, dass steigende Personalkosten,

Kreisumlage und wachsende Erwartungen an die kommunale Daseinsvorsorge die Haushaltslage grundsätzlich erschwerten. Der Gemeinderat nahm den Bericht zum Haushaltsvollzug 2026 zur Kenntnis.

TOP 6

Annahme von Spenden gem. § 78 Abs. 4 GemO

Der Gemeinderat nahm die Spenden für das Bürgerhaus Löwen und die Grundschule Waltershofen dankend an.

TOP 7

Verschiedenes

Bürgermeister Krattenmacher informierte das Gremium über die Verkehrssituation um das Grundschulareal, das durch mehrere laufenden Baustellen zusätzlich belastet werde. Anhand eines Übersichtsplans stellte er verschiedene geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit vor. Vorgesehen seien unter anderem die Einrichtung von Kurzparkzonen, die Verlängerung des Gehwegs entlang der Parkstraße 4 bis zum Feuerwehrhaus, die Einrichtung von Zwei-Stunden-Kurzzeitparkplätzen im hinteren Bereich beim Feuerwehrhaus und Ärztehaus sowie die Verbesserung der Straßenquerungen. Eltern sollten zudem, wenn der Fahrdienst schon sein müsse, den Turn- und Festplatzparkplatz nutzen.

Ein Entwurf zur Umgestaltung der Bushaltestelle „Lindenbergele“ und Querung der Wangener Straße solle in der Septembersitzung vorgelegt werden. Bürgermeister Krattenmacher wies darauf hin, dass für einzelne Maßnahmen Grundstücksverkäufe erforderlich seien und eine Elterninitiative in das Thema eingebunden sei.

Darüber hinaus berichtete Bürgermeister Krattenmacher über weitere aktuelle Themen: Die Baustelle an der Ortsdurchfahrt Zaisenhofen dauere voraussichtlich bis September an. Der Breitbandausbau in Kißlegg-Ort durch die Telekom beginne bald in der Schlossstraße. Beim Bürgerhaus Löwen sei der Gerüstrückbau voraussichtlich Mitte September geplant. Die Netze-BW verlege mehrere Kabel in Kißlegg und Waltershofen. Der kommunale Breitbandausbau laufe nahezu auf dem gesamten Gemeindegebiet. Mit kurzfristigen baustellenbedingten Einschränkungen sei an sehr vielen Stellen zu rechnen.

Zudem sei für den Schorrenhof ein Anschluss an die Abwasserbeseitigung möglich; die Kosten beliefen sich auf rund 50.000 Euro. Das Gremium nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 8

Bekanntgaben mit den in nicht öffentlicher Sitzung und von den Ortschaftsräten gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Krattenmacher gab bekannt, dass die Flurbereinigungsgemeinschaft den Radwegbau Kißlegg–Rempertshofen vergeben habe und mit dem Baubeginn im September gerechnet werden kann. Weiterhin informierte er darüber, dass am 08.09.2026 Ministerin Schopper das Haus Walser im Rahmen einer Denkmalreise besuchen werde. Zudem beginne die Baugenossenschaft mit dem Bau in der Fürst-Erich-Straße.

Auf Hinweis aus dem Gremium berichtete Bauamtsleiter Rommel von einem möglichen gemeinschaftlichen Wohnprojekt im Bereich Becherhalde III. Der Bebauungsplan solle dahingehend weiterentwickelt werden. Ähnliche Projekte seien bereits in Schmalegg und Bodnegg realisiert worden. Bauamtsleiter Rommel lud Interessierte ein, sich zu melden.

TOP 9

Anfragen und Wünsche des Gemeinderates

Aus den Reihen des Gemeinderats wurden verschiedene Anfragen und Anmerkungen vorgebracht. Ein Gemeinderatsmitglied sprach die Verkehrssituation in der Wangener Straße an und regte Überprüfung des Zebrastreifens bei der ehem. Wagnerstube an.

Ein Dank wurde für die Ampelschaltung in Richtung Zaisenhofen ausgesprochen. Es wurde gefragt, ob im Bereich des Erlenweges sowie beim dortigen Einzelhandelsmarkt und der angrenzenden Parkfläche Bepflanzungsmöglichkeiten bestünden. Bauamtsleiter Rommel antwortete, diesbezüglich befinde man sich in Verhandlungen.

Schließlich wurde das Thema Wassersparen angesprochen. Bürgermeister Krattenmacher erklärte, die Wasserversorgung sei derzeit gesichert. Gleichwohl sei Wasser eine sehr wertvolle Ressource; die anhaltende Trockenheit stelle ökologisch eine besorgniserregende Lage dar.